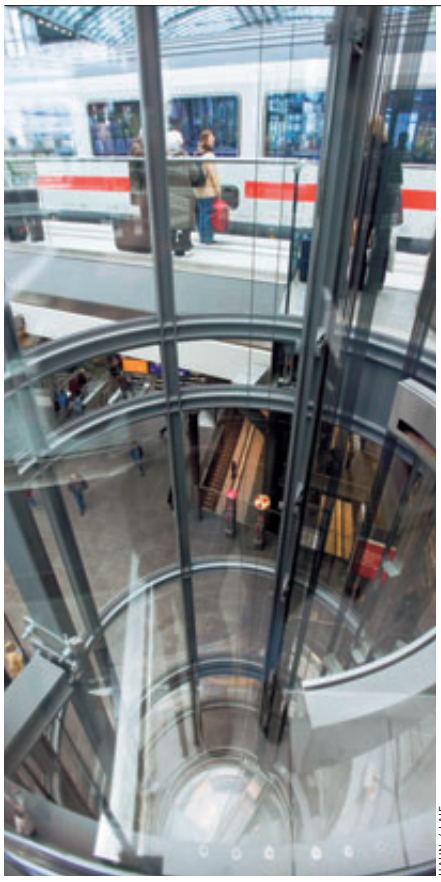

HAHN / LAIF

*Fahrstuhl (in Berlin)*

AFFÄREN

## Aufzug-Kartell im Visier der Justiz

Neben den Rekord-Bußgeldern, die vergangene Woche von der EU-Kommission gegen vier Aufzug- und Rolltreppenhersteller verhängt wurden, könnten die von der EU-Kommission festgestellten Kartellabsprachen für Manager der beteiligten Firmen auch juristische Konsequenzen haben. Bereits seit längerem ermittelt die Staatsanwaltschaft Düsseldorf wegen des Verdachts sogenannter wettbewerbsbeschränkender Absprachen, Auslöser ist das Bundeskartellamt. Die Wettbewerbshüter hatten den Strafverfolgern im Herbst 2006 schriftlich ihren Kenntnisstand zum Aufzug-Kartell mitgeteilt. Die Staatsanwaltschaft bestätigt den Vorgang, derzeit würden die Unterlagen geprüft. Solche Marktabsprachen sind mit Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren bedroht. Vergangenen Mittwoch hatte die EU-Kommission die Hersteller ThyssenKrupp, Otis, Schindler und Kone wegen Verstößen gegen das Kartellverbot zu insgesamt 992,3 Millionen Euro Strafe verurteilt. Allein 479,7 Millionen Euro entfallen auf ThyssenKrupp, das als Wiederholungstäter eingestuft wurde.

FLUGHAFEN BERLIN BRANDENBURG

## „Festpreis ist Festpreis“

Für den Bahnhof des neuen Flughafens Berlin Brandenburg International (BBI) wird der Steuerzahler voraussichtlich mehr als hundert Millionen Euro zu viel an die Betreibergesellschaft des Airports bezahlen. Der Grund ist eine Festpreisvereinbarung, die vom Bundesverkehrsministerium ausgehandelt und am 5. September vergangenen Jahres von Bahnchef Hartmut Mehdorn unterzeichnet wurde. Dem Vertrag zufolge erhält die Flughafengesellschaft vom Bund und den Ländern Berlin und Brandenburg 285 Millionen Euro für den Rohbau des Bahnhofs. Allerdings basierte der Preis auf einer damals bereits zwei Jahre alten „groben Schätzung eines Ingenieurbüros“, so ein Insider. Tatsächlich lagen den BBI-Betreibern schon vor Vertragsabschluss die Angebote aller Bieter für den Bauauftrag vor. Die günstigste Firma verlangte etwa 104 Millionen Euro, den Zuschlag erhielt ein Berliner Konsortium für 112 Millionen Euro. „Mit der Planung, einem weiteren Gebäude und der Wasserhaltung kommen vermutlich 15 Millionen dazu“, rechnen Fachleute der Bahn und externe Ingenieure, die mit dem Projekt vertraut sind. Rolltreppen und Aufzüge könnten noch einmal mit 15 bis 20 Millionen Euro zu Buche schlagen. Selbst im Falle von Kostenüberschreitungen könne das gesamte Projekt deshalb kaum mehr als 160 Millionen Euro kosten, versichern Insider. Diese Zahl deckt sich mit neueren Kostenberechnungen. Bei der Flughafengesellschaft heißt es offiziell nur: „Wir werden innerhalb der Festpreisvereinbarung bleiben.“ Das Verkehrsministerium hält die Prognosen für zu niedrig, dennoch suchen dessen Juristen nun nach Möglichkeiten, nicht den vollen Preis bezahlen zu müssen. Die BBI-Betreiber sehen das gelassen: „Festpreis ist Festpreis“, sagt ein Manager.

MICHAEL URBAN / DDP

*Spatenstich am BBI-Bahnhof (2006)*

SOZIALKASSEN

## Konjunktur geht an Beitragszahlern vorbei

Die boomende Konjunktur wird den Anstieg der Beiträge für die Sozialkassen vorerst nur leicht dämpfen. So werden sich die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung nach einer Prognose von Sachverständigenrats-Chef Bert Rürup zwar verbessern. Doch wegen der Gesundheitsreform sei zugleich mit erheblichen Mehrausgaben zu rechnen. Insgesamt werde sich deshalb der durchschnittliche Krankenkassenbeitrag in diesem Jahr bei 13,6 Prozent einpendeln. Auch in der Rentenversicherung sind sinkende Beiträge vorerst nicht in Sicht. Nach der jüngsten Vorausschau der Bundesregierung werden die Alterskassen 2007 zwar rund 1,3 Milliarden Euro mehr einnehmen als erwartet. Trotzdem nehmen die Rücklagen immer noch weiter ab. Sinken könnten nur die Beiträge in der Arbeitslosenversicherung, da der Überschuss der Nürnberger Bundesagentur in diesem Jahr nach Prognosen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft auf bis zu elf Milliarden Euro ansteigt. Ob die Koalition den Spielraum nutzen wird, den Beitragssatz von derzeit 4,2 Prozent herunterzufahren, ist jedoch zwischen Union und SPD noch umstritten.